Für die

Wareneinfuhr nach Deutschland

bestehen Einschränkungsmöglichkeiten nur in geringen Grenzen, weil sie in den wesentlichen Positionen von unbedingten Lebensnotwendigkeiten beherrscht ist. In den ersten neun Monaten 1922 entfielen von der Gesamteinfuhr Deutschlands rund 42 Prozent auf Rohstoffe, 20,5 Prozent auf Lebensmittel und Getränke, 14,5 Prozent auf Halbfabrikate und 16,2 Prozent auf Fertigfabrikate. An den ersten drei Positionen kann nichts Wesentliches erspart werden. Durch die Abtrennung landwirtschaftlicher und industrieller Ueberschußgebiete ist die Notwendigkeit des Bezuges von ausländischen Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten gesteigert worden, insbesondere durch die Abtrennung der Kohlengruben und Industriewerke im Saargebiete und in Oberschlesien, sowie durch die Reparationskohlenlieferungen. Es wäre daher nur möglich, bei der Einfuhr von Getränken und Fertigfabrikaten etwas zu ersparen. Aber gerade bei diesen Waren werden die fortgesetzten deutschen Bemühungen, die Einfuhr einzuschränken, illusorisch gemacht durch die Kontingentsbestimmungen des Vertrages von Versailles, durch

das immer noch bestehende Loch im Westen

und durch die schwierige handelspolitische Lage Deutschlands infolge der aufgezwungenen einseitigen Meistbegünstigung. Die großen Käufe in Amerika erklären sich daraus, daß Amerika der Hauptlieferant Deutschlands für Rohstoffe und Getreide ist und diese Waren den größten Teil der deutschen Einfuhr ausmachen.

Zur Frage des

angeblichen absichtlichen Bankrotts

Deutschlands braucht nur auf die Ausführungen Loucheurs im „Homme libre" vom 13. März 1922 verwiesen zu werden, wo er klipp und klar zum Ausdruck bringt, man müsse endlich mit der Legende des bewußten deutschen Bankrotts aufräumen. Deutschland sei kein blühendes Land, wenn es auch schon keine Arbeitslosen habe. Seine „Blüte" sei nichts wie Fassade.

Schließlich behauptet der französische Ministerpräsident, Deutschland habe niemals den aufrichtigen Wunsch gehabt, seine Reparationsschuld zu begleichen. Demgegenüber kann nur immer wieder auf die feststehende Tatsache hingewiesen werden, daß Deutschland bisher auf Grund des Friedensvertrages an einmaligen und fortlaufenden Leistungen **bereits 41 Milliarden Goldmark gezahlt hat.**

Die radikalen französischen Sozialisten und Versailles.

Paris, 19. Nov. Der in Marseille abgehaltene sozialistisch-radikale Parteitag nahm eine programmatische Erklärung an, in der festgestellt wird, daß der Versailler Friedensvertrag als ein Werk der geheimen Diplomatie Enttäuschungen hervorgerufen habe. Die Partei wünsche friedliche Methoden und verlange gegenüber Deutschland praktische Lösungen. Sie werde das von den sozialen Organisationen ausgearbeitete Abkommen zur Lösung der Reparationsfragen unterstützen, das das allgemeine Interesse über das Parteiinteresse stelle. Die Reparationsfrage erfordere einen Appell an die Solidarität der Völker, die Konvertierung der Kriegsschulden und eine internationale Anleihe, Sachlieferungen und Hilfe der deutschen Arbeiter. (W. T. B.)

Clemenceau in Neuyork.

Immer wieder das friedliebende Frankreich.

Paris, 19. Nov. Bei seiner Ankunft in Neuyork erklärte Clemenceau nach einer Meldung der Agentur Havas, er sei gekommen, klar zu machen, daß Frankreich weder militaristisch noch imperialistisch sei und daß es ein starkes Heer nur deshalb unterhalte, weil es keine anderen Bürgschaften gegen einen neuen Angriff besitze. Gebe man ihm die notwendigen Bürgschaften, so werde es alsbald sein Heer entlassen. (W. T. B.)

Vlämisch-französische Studentenzusammenstöße in Gent

Brüssel, 19. Nov. Heute vormittag wurde dem Gouverneur der Provinz Ostflandern in Gent von einer Vertretung der Genter Universität eine Eingabe überreicht, in der die Erhaltung der französischen Universität Gent gefordert, dabei aber das Recht der Vlamen auf eine vlämische Universität anerkannt wird. Zur Unterstützung dieses Schrittes wurde ein Umzug mit einer Anzahl Professoren und Mitglieder der Verwaltungskörper der Universität an der Spitze veranstaltet. Es kam zu Kundgebungen und Zusammenstößen mit den Anhängern der französischen Universität Gent. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor. Bis in die Nachmittagsstunden hinein durchzogen Abteilungen der Gendarmerie und der Polizei die Straßen.

Im Laufe des Nachmittags wiederholten sich die Ruhestörungen. Annähernd 30 Verhaftungen wurden vorgenommen. Mehrere Personen wurden verwundet. Schutzleute zu Pferde griffen mit der Waffe an. (W. T. B.)

Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Die im Jahre 1920 in München gegründete Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die auf streng völkischer Grundlage steht, ist, wie ihre in Preußen bestehenden Zweigvereine, in Preußen verboten worden, da sie, wie in der Begründung gesagt wird, in mehrfacher Beziehung gegen die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik verstoße; insbesondere bestehe innerhalb der Partei eine Sturmabteilung, die unter Dr. Adolf Hitler in München allein 7000 Mann stark sei, sich in Hundertschaften gliedere und mit Waffen versehen sein soll. Ferner sind in Preußen für aufgelöst erklärt: die Nationale Sparvereinigung in Berlin-Wannsee, sowie die ihr angeschlossenen Landesverbände, Bezirks- und Ortsgruppen, somit auch die Sparvereinigung Pommern, die Sparvereinigung Berlin, der Verein schlesischer Landwirte zur Ausbildung einheimischer Arbeiter für Land- und Forstwirtschaft und der Verein deutscher Wanderfahrer. Alle diese Vereinigungen seien nichts anderes als eine Fortsetzung der verbotenen Organisation Roßbach; sie seien zum Teil militärisch organisiert und im Besitze von Waffen oder geheimen Waffenlagern, die nur den Führern bekannt seien.

Ein kommunistischer Haftentlassungsantrag für Hölz.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 19. Nov. Die Kommunisten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, daß der Strafvollzug gegen Max Hölz wegen der schweren Nervenzerrüttung, die bei ihm infolge des Strafvollzuges, der Unterbringung in der Tobsuchtszelle und von anderen körperlichen und seelischen Mißhandlungen eingetreten ist, und wegen der sich hieraus ergebenden Haftunfähigkeit sofort unterbrochen wird.

Die Einstellung des Notendrucks in Oesterreich.

Wien, 19. Nov. Dem „Neuen Wiener Tagblatt" zufolge wurde zwischen der österreichischen Regierung und den Delegierten des Völkerbundes gestern in Form eines Notenwechsels vereinbart, daß der Staat von heute an seinen finanziellen Bedarf nicht mehr durch Inanspruchnahme der Notenpresse decken werde. (W. T. B.)

Der neue Nuntius in München.

Rom, 17. Nov. Die Ernennung der neuen Kardinäle wird eine Aenderung in der Mitgliedervertretung des Vatikans notwendig machen. Monsignore Vassollo wird zum Nuntius in München an Stelle des bisherigen Nuntius Monsignore Pacelli ernannt werden, in dessen Händen die Leitung der Berliner Nuntiatur verbleibt. (W. T. B.)

Teuerungsunruhen und Plünderungen in Dresden.

Millionenschaden — 49 Verhaftungen.

Die für Sonnabend nachmittag angekündigte Demonstration des Internationalen Bundes der Kriegsopfer und der Arbeitslosen versammelte etwa 1000 Menschen auf dem Fischhofplatz. Dort hielten aus einem Fenster der Annenkirche die Führer kurze Ansprachen, in denen sie erklärten, die Demonstranten bis zum Hauptbahnhof zu führen; was dann geschehe, dafür lehnten sie die Verantwortung ab. Dann bildete sich der Zug, der zu etwa acht Zehnteln aus Jugendlichen bestand. Auch einige auswärtige junge Leute waren darunter. Durch die Wilsdruffer und Johannstraße ging der Zug nach dem Rathause, wo ein kurzer Halt gemacht wurde, und ein Redner erklärte, daß die Forderungen, die man dem Wirtschaftsministerium und dem Rat der Stadt gestellt habe, abgeschlagen seien. Nach dem Marsche durch die Prager Straße, immer begleitet von fast ebensoviel Mitläufern, stellten sich die Teilnehmer auf dem Wiener Platze auf. Kurze Ansprachen riefen noch einmal zu stärkerer Beteiligung bei einer späteren Demonstration auf. Auch hier lehnten die Führer für weitere Unternehmungen, die aber deutlich als möglich hingestellt wurden, die Verantwortung ab. Nach einem Aufruf eines jungen Mannes aus der Masse stürmten etwa 200 junge Leute im Laufschritt auf den Bismarckplatz, zertrümmerten dort an den beiden Läden des Konditors Sander und des Herrenmodengeschäfts von Hengehold die Schaufensterscheiben und plünderten die beiden Läden völlig. Backwerk und Kleidungsstücke wurden auf die Straße geworfen und fortgeschleppt. Die Polizei, die schließlich erschien, zerstreute die Menge leicht. Kleinere Trupps wandten sich sodann in die Prager und Seestraße. Dort und auf dem Altmarkt standen noch lange kleine Ansammlungen von jungen Leuten und diskutierten das politische Welträtsel. Beim Marsch durch die Prager Straße vergriff man sich an zwei vorübergehenden Herren.

In den Abendstunden wurde auch in Café Berger, Prager Straße, eine Scheibe zertrümmert, im Modehaus Renner plünderten fast unter den Augen der Polizei junge Burschen mehrere große Schaufenster. — Auf Anraten der Polizei waren die meisten Läden und Kaffeehäuser der inneren Stadt bereits am zeitigen Nachmittage geschlossen worden. Die Inhaber erleiden dadurch einen erheblichen Ausfall. Großes Befremden erregte die

Betriebseinstellung der Straßenbahn

von 2 bis 5 Uhr nachmittags. Sie ist, wie uns von der Betriebsinspektion der Straßenbahn berichtet wird, auch auf Empfehlung des Polizeipräsidiums erfolgt, um Sachschaden zu verhüten. Da die Demonstrationen schon einige Tage vorher angekündigt worden waren, wäre es für die Straßenbahnverwaltung ein leichtes gewesen, die Einwohnerschaft von der Verkehrseinstellung zu unterrichten. Da in die Zeit der Stillegung für viele Angestellte die Beendigung des Dienstes fiel, wurden von der Betriebsunterbrechung namentlich die in den Vororten Wohnenden hart betroffen.

Ueber die

Plünderungen auf dem Bismarckplatz und Altmarkt

erfahren wir noch folgendes:

Gegen ¾4 Uhr drang die Menge in das Haus Nr. 12 am Bismarckplatz ein. Der Konditorei von Sander und dem Schneidergeschäft und Tuchlager von Hengehold wurde übel mitgespielt. Man drückte die Schutzgitter ein und zerschlug die wertvollen Scheiben, zerstörte das Mobiliar und schleppte die Waren fort. Bei Hengehold wurden u. a. 3000 Meter Kleiderstoffe, 8000 Meter Futterstoffe, 800 bis 1000 Meter Seide sowie Kleidungsstücke der Angestellten geraubt. Ein Mann mit einer weißen Binde führte, wie uns mitgeteilt wird, den Angriff. Wer drei Ballen Stoff trug, mußte einen davon abgeben. Allein durch die Plünderung dieses Geschäfts sind etwa

50 Leute erwerbslos

geworden, darunter ein alter Mann, der kaum anderswo untergebracht werden kann, und ein Kriegsbeschädigter. Als die Polizei erschien, war das Geschäft bereits vollständig ausgeraubt. Einige wenige Beutestücke konnten dem Geschädigten bis jetzt wieder zugestellt werden. Nicht besser erging es der Konditorei von Sander, deren Inhaber seit 1½ Jahren Herr Martin ist. Auch sie wurde völlig ausgeraubt. Der Schaden beträgt hier nach oberflächlicher Schätzung 940 000 Mk. an Waren, Mobiliar und 10 000 Mk. Bargeld. Wie uns der Inhaber mitteilt, wird aber der Betrieb, trotz der außerordentlich schweren Schädigung, aufrecht erhalten. Die Fenster sind unterdessen mit Brettern verschlagen worden. An dem zwischen den beiden Läden liegenden kleinen Zigarrengeschäft wurden die Schaukästen zerstört und der Inhalt geraubt. Ein 18jähriger, in der Seminarstraße wohnender Arbeiter, zog sich bei der „Demonstration" heftig blutende Verletzungen durch Glasscherben zu und mußte mit Unfallwagen dem Krankenhause zugeführt werden.

Nach 4 Uhr kam es auch zu Plünderungen auf dem Altmarkt. 7 große Fensterscheiben der Firma Adolph Renner wurden in Trümmer geschlagen und dann die Auslagen fortgeschleppt. Der angerichtete Schaden läßt sich nach den Mitteilungen des Herrn Martin Renner noch nicht übersehen, ist aber jedenfalls sehr beträchtlich. Ein Teil des Raubes konnte der Firma bereits wieder zurückgegeben werden. Die Fenster wurden nach der Tat sofort mit Brettern verschlagen. Der Geschäftsbetrieb erleidet keine Unterbrechung.

Auch auf anderen Straßen und Plätzen kam es zu Ausschreitungen. Auf dem Postplatz versuchte man in der fünften Stunde in das Palasthotel Weber einzudringen. Die Türen der Palastkonditorei Schröder waren bereits zerstört, als die Lapo erschien und Schlimmeres verhütete. Einige Eindringlinge wurden im Palasthotel festgehalten und der Polizei übergeben. Gegen 7 Uhr rottete sich eine Menge auf der Ostra-Allee zusammen, um einen Angriff auf das Lebensmittelgeschäft von Moritz Hennig & Co. zu unternehmen. Man zerschnitt das Drahtgitter der Ladentür. Die Polizei verhinderte die Plünderung. Auch auf der Rosenstraße wurde versucht, in ein Lebensmittelgeschäft einzudringen.

„Erwerbslose" mit 20000 Mk. Bargeld.

Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt uns folgendes mit: Bei der am Sonnabend stattgefundenen Hungerdemonstration sind von der Polizei 49 Personen wegen Plünderung und Aufruhrs festgenommen worden. Unter diesen befinden sich nur 18 Erwerbslose und 3 Kriegsbeschädigte. Die übrigen in Haft genommenen Personen haben, wie feststeht, mit den Erwerbslosen überhaupt nichts zu tun, denn bei ihnen sind teilweise Geldbeträge aus Lohn und Arbeitsverdienst bis zu 20000 Mk. vorgefunden worden. Personen, die in der Lage sind, an der Hand von vorgelegten Lichtbildern Angaben über die Beteiligung einzelner Demonstranten an den Plünderungen zu machen, werden gebeten, sich umgehend in der Kriminalabteilung, Zimmer 86, zu melden.

Oertliches und Sächsisches.

Ergänzung der Verordnung des Kultusministeriums über religiöse Beeinflussung.

Das Kultusministerium hat unter dem 11. November bestimmt, daß die Verordnung vom 24. August 1922 über religiöse Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts keine Anwendung findet auf die Schulen katholischer Minderheitsgemeinden, bei denen bei der Vereinigung mit der Mehrheitsgemeinde die einstweilige Erhaltung ihres konfessionellen Charakters ausdrücklich zugesichert worden ist. Dagegen bestehe kein Grund, diese Schulen von der Verordnung vom 12. August 1922 auszunehmen, nach der an staatlich nicht anerkannten Feiertagen Lehrern und Schülern künftig in keinem Falle Unterrichtsbefreiung zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Feiertagshandlungen erteilt werden darf.

Die Bedeutung der Grünlandwirtschaft für die Volksernährung.

Das Ende der Wiesenblume.

Die deutsche Landwirtschaft ist unablässig bemüht, neue Wege zu suchen, um unsere Volksernährung vom Auslande unabhängig zu machen. Von großer Bedeutung ist hierbei die Grünlandbewegung, die von Bayern ausgeht und sich mit elementarer Kraft in ganz Deutschland ausbreitet. Einer der hervorragendsten Kenner und Förderer der Bewegung, Administrator Niggl aus Steinach, war am Freitag nach Dresden gekommen, um über dieses hochaktuelle Thema vor den Mitgliedern der Oekonomischen Gesellschaft einen Vortrag zu halten. Der Redner kennzeichnete in überaus fesselnden Ausführungen die gewaltige Aufgabe, die der deutschen Landwirtschaft durch die Sicherstellung unserer Volksernährung erwächst. Er hofft, daß sie mit Hilfe der Grünlandwirtschaft gelöst werden kann. Der deutsche Boden sei derart ausbaufähig in seinen Grünlandflächen, daß die jetzige und die kommenden Generationen durch ihn ernährt werden könnten. Auf dem Gebiete des Ackerbaues und der Viehzucht sei außerordentlich viel geleistet worden, aber das Gebiet der Grünlandwirtschaft habe man vernachlässigt, allerdings nicht durch die Schuld der Landwirte selbst, sondern durch das ganze System. An der Hand von Lichtbildern durchstreifte der Redner mit der stark besuchten Versammlung das weitverzweigte Gebiet der Grünlandtechnik und zeigte die günstigen Auswirkungen für die Viehzucht. Grundbedingung sei, daß die Wasserverhältnisse auf den Grünlandflächen geordnet seien. Die beiden Systeme, nach denen in Bayern gearbeitet wird, sind die Verbesserung der Wiesen durch wirtschaftliche Maßnahmen und der Umbruch, der von der Wiese zum Feldbau und dann wieder zur Wiese führt. Von hoher Bedeutung sei, daß der Landwirt beobachten lernt und durch Fachleute feststellen läßt, was betriebswirtschaftlich nötig ist. Blumen gehörten nicht auf die moderne Wiese. Ohne die Förderung der inländischen Samenzucht sei mit der Grünlandwirtschaft nicht viel anzufangen. Aber auch auf diesem Gebiete gehe es gut vorwärts.

Der Schwerpunkt liege darin, von den wenigen Wiesenpflanzen die richtigen herauszufinden. In Frage kommen insbesondere die Wiesenschwinge, die Wiesenrispe und das deutsche Weidegras. Die Düngungsfrage sei sehr einfach. Der Redner besprach ferner die Konservierung des Futters und betonte mit Nachdruck den hohen Wert der Weide für die Viehzucht. Die Tiere müßten von Jugend auf daran gewöhnt werden, in Wind und Wetter draußen zu bleiben. Die Winterweide sei kein Märchen mehr. Der Landwirt werde die erhofften Erfolge am ehesten erzielen, wenn ihm eine geschickte Organisation an die Hand gehe. Diesem Zwecke dienten die Grünlandvereine, die nach dem Muster von Bayern im Reiche gegründet worden sind. Zum Schlusse sprach der Redner die zuversichtliche Erwartung aus, daß sich auch in Sachsen eine Einheitsfront für diese Bewegung bilden werde. — Regierungsrat Prof. Dr. Steglich teilte hierzu mit, daß in dem Ausschusse für Futterbau nunmehr auch das Gebiet der Grünlandwirtschaft gepflegt werden solle. Es sei bereits beschlossen worden, den Landeskulturrat zu ersuchen, eine Studienreise nach Bayern in das Grünlandgebiet zu veranstalten. Namentlich solle auch auf dem im Mai nächsten Jahres stattfindenden Futtertag die Frage erörtert werden.

Aus dem geschäftlichen Teile der Versammlung ist mitzuteilen, daß vier Mitglieder verstorben sind und vier neu aufgenommen wurden. Die Geheimen Oekonomieräte Dr. Andrä und Steiger wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt.

— **Kohlenbeschlagnahmen.** Vom Kohlenamt wird uns geschrieben: Im Monat Oktober wurden in Haushaltungen und Haushaltsbetrieben in 15 Fällen rund 950 Zentner Kohle, das sind rund drei Eisenbahnwagen, enteignet und Kohlenhändlern zum Verkauf auf Kohlenmarken zugeführt. Es wird erneut vor dem markenfreien Bezuge von bewirtschafteter Kohle gewarnt und darauf hingewiesen, daß in allen Fällen Enteignung sowie Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erfolgt, auch gegen den Käufer. Unter bewirtschafteter Kohle sind zurzeit zu verstehen Steinkohle und Steinkohlenbriketts, sowie Braunkohle und Braunkohlenbriketts.

— **Kassenstunden beim Postscheckamt Dresden von 9 bis 1 Uhr.** Im Verkehr mit dem Publikum beim Postscheckamt Dresden werden die Kassenstunden vom 20. November ab auf die Zeit von 9 bis 1 Uhr festgesetzt. Anträge auf Ueberweisung und Zahlung von Scheckbeträgen, die noch am Tage der Aufgabe erledigt werden sollen, müssen bis 10½ Uhr vormittags beim Postscheckamt vorliegen. Für große Sammelaufträge tritt die Schlußzeit für Buchung am selben Tage bereits um 10 Uhr ein. Diese Aenderungen haben sich unabweisbar notwendig gemacht, um einen geordneten Dienstbetrieb beim Postscheckamt aufrecht zu erhalten.

— **Vereinfachtes Verfahren bei der Erstattung von Fahrgeld.** Um das Verfahren bei Erstattung von Fahrgeld zu beschleunigen und zu vereinfachen, hat der Reichsverkehrsminister nunmehr die selbständige Erledigung solcher Anträge in weiterem Umfange den Fahrkartenausgaben usw. übertragen. Den Reisenden wird dadurch die Möglichkeit gegeben, ihre Anträge mündlich im Anschluß an die Reise anzubringen. Die Fahrkartenausgaben können meist die Anträge sofort erledigen und die Reisenden befriedigen. Die Antragsteller und auch die Reichsbahn ersparen sich damit das jetzt übliche Schreibwerk. Voraussetzung ist hierbei, daß der Antrag bei der Fahrkartenausgabe einer Station gestellt wird, wo die Reise begonnen, beendet oder abgebrochen worden ist und daß das zur Bearbeitung erforderliche Material zur Verfügung steht. Außerdem muß auf der Fahrkarte bezeichnet sein, inwieweit sie nicht ausgenutzt worden ist. Wenn die Fahrkarte bei einem Reisebureau gelöst oder wenn Gepäck auf sie abgefertigt ist, muß die Fahrgelderstattung in der bisherigen Weise beantragt werden. Anträge, welche die Fahrkartenausgabe nicht selbständig erledigen kann, leitet sie unter Ausfüllung eines Vordruckes weiter.

— **Aenderung der Gebühren im Paket- usw. Verkehr nach dem Ausland.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, -Telegramm- und -Zeitungsverkehr ist mit Wirkung vom 20. November an auf 1200 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Päckchen mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden ebenfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben werden. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.